

# Danziger Zeitung.



Nr 8818.

1874.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaisertl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 P. Auswärts 1 R. 20 P. — Inszirete, pro Seite 2 Hr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reinecke und Rud. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Haierstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daubke u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Dartmann's Buch.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Hendaye, 11. Novbr., Abends. Die bestätigten Stellungen bei Irun wurden heute von den Regierungstruppen unter Loserna besetzt, welcher mit seiner Begleitung in Irun einzog.

## Reichstag.

8. Sitzung vom 11. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Kloß, der Geschäftsaufordnung folgenden neuen § 31 a einzufügen: „Die Übersicht der vom Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstages gefassten Entschließungen wird zum Druck und zur Vertheilung befördert. binnen 14 Tagen nach erfolgter Vertheilung ist jedes Reichstagsmitglied berechtigt, daß Verzeichnis zum Gegenstande von Bemerkungen zu machen, welche sich jedoch zu beschränken haben a) auf den Mangel der Erledigung bestimmt anzuführender Punkte, b) auf die Unvollständigkeit der gegebenen Auskunft. Diese Bemerkungen sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen.“ — Diejenigen Beschlüsse des Reichstages, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrates ihre Erledigung gefunden haben, dürfen nicht zum Gegenstande der Bemerkungen gemacht werden. — Sind innerhalb der 14-tägigen Frist Bemerkungen eingegangen, so werden diese dem Reichskanzler mitgetheilt und sodann auf die Tagesordnung gelegt. — Bei der Verhandlung im Plenum erhalten außer den Vertretern des Bundesrates nur diejenigen Mitglieder das Wort, welche die Bemerkungen schriftlich eingereicht haben. Die Stellung eines Antrages ist bei dieser Verhandlung unzulässig, es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstages überlassen, den Gesetzentwurf in den regelmäßigen Formen der Geschäftsaufordnung weiter zu verfolgen.“

Abg. Ackermann ist mit dem Antrage einverstanden, nur will ihm die Beschränkung, daß auch vom Bundesrat definitiv abgelehnte Anträge des Reichstages nicht zum Gegenstande von Bemerkungen gemacht werden sollen, nicht gefallen. Gerade dann, zumal wenn die Ablehnung gar nicht oder nur ungenügend motiviert sein sollte, würde die Gelegenheit von Werth fein, sich darüber zu äußern. — Abg. Windthorst bezeichnet den Befürworter, der nur diejenigen Mitglieder zum Worte verstellen will, welche schriftliche Bemerkungen eingereicht haben, als einen nicht zu rechtfertigende Beschränkung. Redner ist kein Freund einer Einrichtung, die schließlich doch nur eine Stillung und ein theilweises Versteckspiel ist. Soll aber die Sache einmal angefasst werden, dann zwingt der Parlamentarismus prinzipiell dazu, alle Mitglieder zur Discussion auszuhalten. — Abg. v. Narow hält eine Beschränkung in dieser Beziehung ebenfalls für unzulässig, weil es ganz unparlamentarisch ist, in der Geschäftsaufordnung festzulegen, daß an einer bestimmten Discussion nur gewisse Mitglieder teilnehmen sollen. — Abg. Kloß: Der Antrag hat nur den Zweck, in etwaige Unentliechtlichkeiten der Entscheidungen des Bundesrates auf Anträge des Reichstages Klarheit zu bringen. Hat der Bundesrat einen Antrag des Reichstages einfach angenommen oder abgelehnt, so ist die Sachlage klar. Ist dagegen die Entscheidung des Bundesrates zwischen diese beiden äußersten Punkte gefallen, so kann eine Rückfrage zur Aufklärung wünschenswerth sein. Im Interesse der Geschäftsführung des Reichstages ist aber eine möglichste Beschränkung dieser Antragen dringend notwendig. Ahnliche Beschränkungen hat der Reichstag bereits in seiner Geschäftsaufordnung. Ein Antrag kann nur eingebracht werden, wenn er von einer gewissen Anzahl von Mitgliedern unterstützt wird; nach der Verlesung einer Interpellation kann die Discussion nur auf Antrag von 50 Mitgliedern eröffnet werden. Diese Beschränkung hat sich der Reichstag ausserletzt, weil er eine Discussion nur dann eröffnen will, wenn sich ein großer Theil der Mitglieder dafür interessirt. Eine analoge Beschränkung kann er sich auch hier auferlegen, wo er über eine Sache schon debattirt und beschlossen hat. — Der vom Abg. Windthorst angegriffene Befürworter

wird darauf mit 126 gegen 115 Stimmen gestrichen, im Uebriegen aber der Antrag Kloß angenommen.

Die neue Form der Abstimmung durch Wahlung der Mitglieder, die aus zwei gegenüberliegenden Thüren in den Saal eintreten, war in der vorigen Session mir auf Probe adoptirt. Es handelt sich jetzt darum, sie als einen bewährten Abstimmungsmodus definitiv in die Geschäftsaufordnung (§ 52 a) aufzunehmen und ein darauf gerichteter Antrag des Abg. v. Narow wird einstimmig angenommen.

Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfes über Markenschutz. § 8, welcher bestimmt, daß demjenigen, welcher ein Waarenzeichen zuerst zur Eintragung angemeldet hat, das ausschließliche Recht zu dessen Benutzung zustehe, und § 9, nach welchen auf Waarenzeichen, welche landesgesetzlich geschützt sind, und solche, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verkehr allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden geostet haben, Niemand ein Recht erwerben kann, sofern jene Zeichen vor dem 1. October 1875 von denen, welche die Zeichen bisher führten, angemeldet werden, werden ohne Discussion genehmigt. — § 10 wird in folgenderen von Grimm vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Durch die Annmeldung eines Waarenzeichens (in der Vorlage hiess es „eines landesgesetzlich geschützten Waarenzeichens“), welches Buchstaben oder Worte enthalt, wird Niemand verbündet, seinen Namen oder seine Firma, sei es auch in abkürzter Gestalt, zu Kennzeichnung seiner Waaren zu gebrauchen. Auf Waarenzeichen, welche bisher im freien Gebrauche aller oder gewisser Klassen von Gewerbetreibenden sich befinden haben oder deren Eintragung nicht zulässig ist, kann durch Anmeldung Niemand ein Recht erwerben.“ — Die Discussion und Abstimmung über § 11 wird vorläufig ausgestellt. — § 12 wird hieran ohne Discussion genehmigt. Nach demselben erlischt das durch die Annmeldung eines Waarenzeichens erlangte Recht mit der Zurücknahme der Annmeldung oder mit dem Antrage auf Löschung Seitens des Inhabers der berechtigten Firma, und mit dem Eintritte eines der im § 5, Nr. 1 bis 3 bezeichneten Fälle.

Der vom Dr. Baehr beantragte Zusatzparagraph 12 a. lautet: „Jeder inländische Producent und Handelsstreibende kann gegen Denjenigen, welcher widerrechtlich Waaren mit dem Namen oder der Firma des letzteren, oder mit einem Waarenzeichen bezeichnet, auf dessen Gebrauch der Erstere ausschließlich berechtigt ist, im Civilrechtswege beantragen, daß der Letztere das Recht zu dieser Bezeichnung überklamt und den ferneren Gebrauch derselben verbietet wird.“ — Geh. Rath Nieberding bekämpft das Ammentum, daß dahin führen müsse, auch denjenigen criminell zu bestrafen, welcher mit Einwilligung des Fabrikanten selbst sich der Waarenzeichen deselben bediene. — Abg. Struckmann constatirt, daß seiner Meinung nach dieser Paragraph die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Entschädigungspflicht desjenigen nicht aufhebe, der aus Fahrlässigkeit sich falscher Marken bediene. — Der Bundescommissioner theilt diese Auffassung.

Abg. Reichensperger (Crefeld) befürwortet das Ammentum Ackermann. Die bisher mit dem Antragsvorlage gemachten Erfahrungen hätten bewiesen, daß man damit nur ein Privilegium für reiche Sünder geschaffen, denn die ärtesten Scandale würden abgeklaut. Unter diesen Umständen solle man die Kategorie der leidigen Antragsdelikte nicht noch durch ein neues vermehren. — Abg. Braun erläutert auch die Gegner der Antragsvorlage, dass diesmal für Aufrechterhaltung des in viele stehenden Alinea's zu stimmen. Der Staatsanwalt würde naturngemäß doch nur auf Veranlassung der Interessenten einstreiten können, wenn man ihm nicht zunutzen wolle, ein vollständiges System von Polizeischutzleuten und Chancen zu organisieren. Endlich müsse er auf die Bedeutung der Privatklage im künftigen Strafprozeß hinweisen, wodurch die Verfolgung der hier in Frage stehenden Entschädigungsansprüche ungemein erleichtert würde. — Das Ammentum Rickert wird hierauf angenommen, der Antrag Ackermann dagegen abgelehnt und § 13 in amenderter Fassung genehmigt.

§ 14 handelt von der Zulässigkeit einer dem Verurtheilten aufzuerlegenden Buße, welche den Betrag von 5000 Mk. erreichen und an Stelle jeder Entschädigung vom Strafrichter festgesetzt werden kann. — Abg. Reichensperger (Crefeld) plädiert für Strichung dieses Paragraphen, der seines Erachtens ein in der neusten Praxis noch nicht hinreichend bewährtes Principe auch hier zur Anwendung bringt.

gleichwohl aber haben die neueren Gesetzgebungen über die bürgerliche Prozeßordnung es für nothwendig gehalten, eine solche Klage ausdrücklich für zulässig zu erklären. — Abg. Thilo: Unzweckhaft ist nach dem Entwurfe auch eine Civilklage zugelassen und ein Bedürfnis für den Zusatz des Abg. Bähr nicht vorhanden.

Sollte aber auch wirklich ein Zweifel bestehen, so wird es in der Praxis gewiß äußerst selten vorkommen, daß jemand in den Fällen der Verlegung der Vorschriften dieses Gesetzes eine Civillage anstellt, man wird sich vielmehr meistens an den Staatsanwalt wenden und das Criminalverfahren beanspruchen. — Das Haus entscheidet sich zu Gunsten des Antrages Bähr und genehmigt auch den § 11 der Vorlage:

„Der Inhaber einer Firma, für welche ein Waarenzeichen eingetragen ist, hat dasselbe auf Verlangen beständigen Waaren auf Vermarktung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen. Erfolgt die Verurtheilung im Strafverfahren, so ist dem Verleger die Befugnis zugesprochen, die Verurtheilung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung sowie die Frist zu derselben ist in dem Urteil zu bestimmen.“

Hierzu beantragt 1) Rickert, II. 1 zu fassen:

„Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 16: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 17: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 18: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 19: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 20: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 21: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 22: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 23: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 24: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 25: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 26: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 27: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 28: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 29: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 30: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 31: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 32: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 33: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 34: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 35: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 36: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 37: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 38: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 39: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 40: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 41: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 42: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 43: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 44: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 45: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 46: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 47: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 48: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 49: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 50: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 51: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 52: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen.“

§ 53: „Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verleger bezüglich der im Besitze des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den

sesston im Bundesrathe wird zum Abschluß gebracht werden können.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, der „allg. deutsche Arbeiterverein (Hasen-elever-Hasselmann)“ und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ oder die „Eisenacher Ehlichen“ (Bebel-Liebknecht), welche sich früher auf den Tod befeindeten und deren Führer sich gegenseitig mit Schmutz bewarfen, streben jetzt ernstlich eine Vereinigung an. Benützungen in dieser Richtung sind schon lange im Gange, seit einem Jahre etwa sind die scharfen persönlichen Auseinandersetzungen der Führer immer schwächer geworden, jetzt aber nehmen die Einigungspläne erst bestimmate Form an. Zuerst sollen Vertreterpersönliche die Vereinigung vorberathen, die dann später durch einen Congres zu Stande gebracht werden soll. Dass die Präliminarien schon weit gediehen sind, dafür zeugt eine gemeinschaftliche Agitationsreise, welche die den beiden verschiedenen Richtungen angehörenden Reichstagsabgeordneten Hasselmann und Leibl in voriger Woche im 14. sächsischen Wahlkreise unternahmen, die freilich fruchtlos blieb, wie die inzwischen stattgefundenen Wahlen beweisen. Diese Nachricht bringt so eben die „Frankf. Blg.“, und sie kann es wohl wissen, weil das Blatt des Herrn Sonnenmann mehr noch als mit den Ultramontanen mit den Socialisten liest ist. Einer seiner Correspondenten, der bis zu Neujahr d. J. noch bei dem so eben entlassenen Frühstücksschlafe des Kaisers beschäftigt war und der jetzt auch Mitarbeiter des „Volksstaat“ ist, versäumt nicht, bei Hasselmann und Genossen das Prädikat „Herr“ hinzuzufügen während er die Richter, Lasker u. s. w. stets ohndasselbe laufen lässt, von den Letztern auch in weit depectlicheren Tönen spricht.

Aus dem mit dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz durch eine Personal-Union vereinigten kleinen Fürstenthum Ratzeburg ist eine Petition jetzt an den Reichstag ergangen mit der dringenden Bitte, endlich eine Aenderung der bisherigen Zustände herbeizuführen. Dieses Fürstenthum Ratzeburg, mit ungefähr 18,000 Einwohnern, welche in dem Städtchen Schönberg, einem halben Dutzend Rittergütern und sonst in wohlhabenden Bauernvölkern leben, wird von lübeckischen, lauenburgischen und mecklenburg-schwerin'schen Landesbeamten umschlossen und liegt vom Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz an 20 Meilen entfernt. Es hat auf dem mecklenburgischen Landtage keine Vertretung, ersfreut sich auch nicht der allermindesten landständischen oder gar constitutionellen Rechte, sondern wird vollständig willkürlich und unumschränkt regiert. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz sendet einen Landdrost, gewöhnlich einen vornehmen adeligen Gutsbesitzer, nach Schönberg, und dieser besitzt ungefähr die gleiche Macht vollkommenheit dafelbst wie ein Pasha in irgend einer türkischen Provinz und kann das Ländchen nach Lust und Belieben regieren, da auch Justiz, Verwaltung, Kirchen- und Steuerwesen, kurz, Alles und Jedes in dieser Landdrostei vereinigt sind, die aus vier bis fünf Beamten besteht, deren unumstrukturierter Chef der allgebietende Landdrost ist. Wenn auch zugegeben werden muss, dass diese absolute Herrschaft in Wirklichkeit gewöhnlich sehr milde und rechtlich geführt wird und selten Härten ausübt, so dürfen solche vollständig rechtslose Zustände, die das Wohl und Wehe von 18,000 Deutschen nur von der Persönlichkeit des jedesmaligen Landdrosten fast bedingungslos abhängig machen, doch in Zukunft ganz unmöglich längern fortbestehen. Das Beste und Sicherste würde unbedingt sein, der Staat Preußen laufte dem Großherzog von Strelitz seine Anrechte auf das Fürstenthum Ratzeburg ab und vereinigte letzteres gänzlich mit dem Fürstenthum Lauenburg, zu welchem es auch früher gehörte und seiner geographischen Lage wie auch den Sitten, Neigungen und Erwerbsverhältnissen seiner Bewohner wegen am besten paßt. Bedeutendes Rechttrag bringt Ratzeburg ohnehin dem Großherzog von Strelitz nicht ein.

Die „N. fr. Pr.“ veröffentlicht soeben zwei Actenstücke neueren Datums, welche die österreichisch-russischen Bollverhandlungen betreffen: Hier und sind einige Stellen aus dem bereits erwähnten Schreiben des Reichskanzlers Andrássy an die österreichischen Minister des Handels und der Finanzen von Interesse, in welchen er diesen räth, von ihrer Fortsetzung der Eisenbahnanschlüsse abzugehen. Er schreibt:

Ich erblicke schon in der bloßen Thatssache, dass wir Russland dahin bringen, über diesen Gegenstand, den es bisher principiell einer jeden Ingerenz fremder

Eifer den gemüthlich lächeluden Phantas zurück; dann wurden die Stricke losgelassen, und heralich von der zahllosen Menge begrüßt, stieg die Gesellschaft, welche freundlich mit Lücherwesen und Fahnenwischen die Grüße der Menge erwiederte, fast senkrecht in die Höhe auf. Der Ballon nahm erst seinen Lauf in westlicher Richtung, beschrieb aber dann einen weiten Bogen nach Nordosten und schwebte lange Zeit unmittelbar über der Stadt.

Die Trauungs-Ceremonien nahmen bald nach Aufsteigen des Ballons ihren Anfang, und der Swedener Reverend entledigte sich seiner Aufgabe in möglichst gedrängter Fülle; er hielt eine hübsche, der lustigen Situation angepasste Anrede an die Brautleute, und gerade bei der Formel: „Und so erkläre ich euch hiermit für Mann und Weib!“ hob sich das Luftschiff über die Nebelschicht, und volle, glänzende Sonnenstrahlen überzogen das junge Ehepaar und die Gesellschaft mit hoffnungsvollem, glückverlindendem Licht. Sie sanken sich in die Arme, und Freude und Jubel herrschte dort oben in der sonnenklaren Höhe; dazu klangen die Champagnergläser, und herhaft wurden dieselben auf das Wohl des „allerhöchsten Paars“ gesetzt.

Die Fahrt war eine ungewöhnlich kurze, und nach Ablauf von kaum vier Stunden war der Ballon bereits wieder an terra firma angelangt. Am Abend ließ sich das Ehepaar wahrscheinlich von dem Gründsatz geleitet, dass doppelt genährt sicherer hält, nochmals, und zwar speziell auf Wunsch der katholischen Brant, in der katholischen Kathedrale trauen und hinterher folgte im Hotel noch ein lustiges Banquet, bei dem natürlich das Klinstervölkchen und wir leichtsinnigen Pressemenschen uns prächtig amüsirten.

Mächte fernzuhalten bestrebt war, mit uns zu verhandeln und zu pactiren, einen werthvollen, nicht zu unterdrückenden Erfolg. Bissher ist es keinem Staate gelungen, von Russland auch nur diese Concessions zu erlangen, und ich weiß, dass z. B. Deutschland nur auf den Abschluß der Verhandlungen mit uns wartet, um daran anzutippen und auch seinerseits dieses Feld der Verhandlungen zu betreten. Bricht Russland einmal mit seiner Tradition, so stellt es sich vielleicht unbewußt auf eine schiese Ebene, auf der es mit der Zeit von selbst zum Aufgeben seines Prohibitiv-Systems und zur Annahme freiheitlicher Grundsätze seiner Handelspolitik gedrängt wird. Wir dürfen uns die Consequenzen nicht verhehlen, die aus dem daraus hervorgehenden Überbruch der Verhandlungen mit Russland sich für uns ergeben dürften. Auf Jahre hinaus bleibt uns wahrscheinlich das Chor der Verhandlungen mit Russland auf diesem Gebiete verschlossen. Die unfehlbaren russischen Bollpladerereien, gegen die unser Handelsstand seit länger als einem Decennium sich beschwert, werden nicht nur nicht befeitigt, sondern vielleicht noch verschärft. Neue Grenzübergänge werden nicht erschlossen, und statt einer Verständigung über alle Punkte, die uns jetzt angeboten wird, beginnt an der Grenze von neuem der kleine Krieg der Bollbeamten und Schmuggler, und unsere Industrie, die so dringend nach neuen Absatzgebieten ruft, bleibt von Russland bald ausgeschlossen wie bisher, und wir fördern damit nur fremde Konkurrenz zu unserem eigenen Schaden.“

In Österreich liegen sich die Ultramontanen gegenseitig in den Haaren. Als ihr Führer galt bisher Baron Weiß von Starkenfels, welcher die Verhandlungen mit Rom einerseits und mit den deutschen Centrumsländern andererseits zu führen pflegte, auch der katholischen Sache bedeutende materielle Opfer gebracht hat. Derselbe, persönlich ein höchst ehrenwerther Charakter, hob durch seine Repräsentation nach außen die ultramontane Sache bedeutend. Jetzt ist er aus dem „Katholischen Volksverein“ in Linz, der Stadt des fanatischen Bischofs Rudigier, ausgeschieden, weil er dort nicht sehr anständig behandelt wurde. Er hat es nämlich noch nicht bis zum vollständigen „Casaner-Gehorsam“ bringen können, es wird ihm vorgeworfen, dass er in einigen von den clericalen Ultra's eingebrochen Dingen nicht etwa dagegen gesprochen, sondern nur ein „bereites Schweigen“ beobachtet hat. In einem von dem Vorstande jenes Vereins, auch von höheren Geistlichen unterzeichneten Schreiben wird er jetzt aufgefordert, seine Mandate zum Reichs- und zum Landtag niederzulegen, auch sollte er die für die katholische Sache und jenen Verein gebrachten Opfer specificiren, weil man ihm Alles bis auf Heller und Pfennig zurückstatten wolle. Man ist wohl sicher, dass der Baron das Letztere nicht annimmt.

Der Angriff der Carlisten auf Zürich ist vollständig mißlungen. Hauptsächlich ist dies dem Wetter zugeschrieben, das in dem Bürgerkriege schon mehrmals eine Rolle, freilich früher meistens zu Gunsten des Prätendenten, gespielt hat. Don Carlos hatte sich in sicherer Aussicht des Gelings selbst an drei Spize seiner Banden gestellt, er hoffte, dass der schlecht bewehrten und nur mit einer geringen Besatzung belegten Stadt keine Hilfe von außen gebracht werden könnte; denn die Landwege beherrschte er selbst, und auf dem Golfe von Biscaya pfeift um diese Jahreszeit ein Unwetter zu herrschen, das den Schiffen den Verkehr vollständig unmöglich macht. Diesmal durchkreuzte aber der Himmel die Pläne der Streiter für Gott und König. Der Oberbefehlshaber Laserna schickte sogleich aus dem Hauptquartier Logrono den General Loma nach Santander, und von hier wurden, von dem unerwartet schönen Wetter begünstigt, die Truppen des Letzteren zu Schiff nach der Bidasoa befördert. Als die ersten Hofsämannschaften noch nicht einen vollständigen Erfolg erzielen konnten, rückte Laserna selbst mit weiteren Truppen nach, und gestern ist es ihm gelungen, die Banden des Prätendenten von ihren Stellungen zu vertreiben. Bis jetzt haben die Republikaner es noch nie verstanden, einen Erfolg anzufahren, also dürften wir auch an den letzten nicht zu großen Hoffnungen knüpfen. Der Carlismus wird wohl durch sich selbst zu Grunde gehen müssen, von seinen spanischen Gegnern ist bei der Apathie, welche sie schon so oft bewiesen haben, das Ende trotz zieliger Erfolge kaum zu erwarten.

#### Deutschland.

△ Berlin, 11. Novbr. Die Reichstagscommission für das Gesetz über Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches hat heute den Entwurf in erster Lesung durchberathen. Die Regierungsvorlage hat die erheblichsten Abänderungen in der Commission erfahren. Man ist gespannt darauf, wie weit die Reichsregierung denselben beitreten wird und sieht der betreffenden Erklärung von der dritten Lesung entgegen. Eine Annahme des Gesetzes würde eine vollständige Umgestaltung des Staats zur Folge haben. Morgen wird die Commission die Beratung über den Entwurf betreffend den Rechnungshof beginnen und wie man hofft in einer Sitzung beenden. — Die Summe der Auleihe für Marine und Telegraphen-Zwecke soll sich, wie man in parlamentarischen Kreisen wissen will, auf 6 Millionen Thaler belaufen. Es liegt in der Absicht, nicht früher an die Beratung der Staatsräte der Telegrafen- und Marine-Verwaltung heran zu treten, als man in dieser Beziehung genau von den Absichten der Reichsregierung unterrichtet ist. — Für die Bibliothek des Reichstages waren bisher im Ordinarium jährlich 1200 R. und im Extraordinarium bereits zweimal 4000 R. bewilligt worden. Es wird nunmehr der Antrag vorbereitet, das Ordinarium auf 2000 R. jährlich zu erhöhen und ein Extraordinarium von 10,000 R. zu bewilligen. Die Bibliothek nimmt dauernd an Bedeutung zu, u. A. enthält dieselbe jetzt die gesammten Gesetze der Acte England's, Frankreich's und Amerika's. Die Verwaltung der Bibliothek erfolgt durch eine Commission, deren Vorsteher, Abg. v. Römer, sich die Hebung der Sammlung ungemein angelegen sein lässt.

\* Wie die „N. Z.“ vermitteilt, sind die Minister der Finanzen, des Innern und des Handels auf den Antrag des Magistrats, die nachträgliche Erhöhung der neuen städtischen Auleihe von 8 Millionen Thlr. auf 12 Millionen vorzubehalten, nicht eingegangen, weil dazu ein bestimmtes Bedürfnis zur Zeit noch nicht vorliege.

— S. M. Schiff „Elisabeth“ ging am 21. August c. von Yokohama in See, ankerte am 24. dess. Monats in Hakodate, verließ diesen Ort am

1. September c. und traf am 5. dess. Monats wieder in Yokohama ein.

Görlitz. Die heisige Stadtkorvetten-Beratung hat in Folge eines abschläglichen Bescheids des Cultusministers, betreffend Gewährung eines Staatszuschusses zu den Kosten der höheren Schulen, eine Petition an den Landtag zu richten und denselben um gesetzliche Regelung der Beitragspflicht des Staates zu erfinden. Der Abgeordnete Dr. Baum ist mit der Absaffung der Petition beauftragt. Die Stadtverordneten sind der Ansicht, dass die Kommunen bei einer verständigen Regelung der Pflicht, die höheren Schulen zu unterhalten, als Recht beanspruchen können, was ihnen jetzt als Gnade gewährt, oder auch nicht gewährt wird. Den Antrag zu der Petition hat ein Bescheid des Cultusministers an den Magistrat ergeben, der sich nicht begnügt, das Gesuch um einen Staatszuschuss abzulehnen, sondern auch noch der Stadt, welche jährlich 70,000 Thaler Zuschuss für ihre Schulen leistet, Rathschläge ertheilt, wie sie durch stärkere Ausnutzung der Forsten, oder Erhöhung der Steuern oder Nichtausführung der projectirten Wasserleitung oder des Krankenhausbaus ihre finanzielle Lage aufzubessern habe, wenn nicht durch eine Erhöhung der Einnahmen oder eine Reduction der Ausgaben der höheren Schulen eine Verminderung des Bußgeldes erzielt werden könnte, was der Minister annimmt. Fast der gesamte Ertrag der städtischen Einkommensteuer in Höhe von 100 p. ct. der Staatseinkommen- und Klassensteuer wird, wie man der „Voss. Blg.“ schreibt, jetzt von den Schulen verbraucht und dabei steigen die Ausgaben für die Volksschulen von Jahr zu Jahr und die Stadt ist noch einmal in der Lage gewesen, den Lehrern an den höheren Schulen Spanien.

Spanien. — Der „Agence Havas“ ist eine Depesche aus Madrid zugegangen, wonach das große Gemälde „Muriel“ in der Kathedrale von Sevilla, den heiligen Antonius darstellend, gestohlen worden ist. Ueber den Thäter und die Art, wie der Diebstahl hat ausgeführt werden können, fehlen noch alle Angaben.

#### Italien.

Rom, 6. Novbr. Der König hat dieser Tage einem Ministerrath präfidiert, in welchem der Entwurf der Throneide, mit dessen Ausarbeitung Bonatti beauftragt war, durchberathen worden ist. — Der Generaldirektor der öffentlichen Ausgrabungen in Rom, Comthur Rosa, ist von der freien Idee befallen, dass das Colosseum auch zur Darstellung von Kämpfen auf dem Wasser gedient habe, und dass die jetzt zu Tage geförderten canalartigen Bauten zu dem Wasser hinunterleiten. Andere Sachverständige behaupten aber, dass diese Baulichkeiten nur zur Handhabung von Maschinen unter der Schaubühne gedient haben. Comthur Rosa will nun mehrere Theile des Gebäudes beseitigen lassen, um noch mehr Beweise für seine Behauptung zu finden. Da sich jedoch die öffentliche Meinung sehr misbilligend über des Herrn Rosa's Vorhaben geäußert, so hat dieser bei dem Unterrichtsminister um eine besondere Erlaubnis für die Ausführung seiner Pläne nachgesucht, worauf letzterer die Angelegenheit einer Commission zur Begutachtung übergeben hat. — Der Professor am hiesigen deutschen archäologischen Institut, Herr Helbig, ist vom Ministerium aufgefordert worden, Collegia an der Universität zu lesen, und hat den ehrenvollen Auftrag angenommen, aber jede Bezahlung dafür abgelehnt. — Die Duästur in Florenz hat gestern das Haupt der dortigen Internationalen, einen Mechaniker Namens Natta aus Turin, verhaftet und in seiner Wohnung ein förmliches Archiv voll compromittirender Documente mit Beslag belegt.

In Neapel sind wieder mehrere Camorristen verhaftet und nach den Inseln im Mittelmeere deportirt worden. — In Florenz wurde am 5. November einer der Triumvir der Internationale, Francesco Natta, verhaftet. Die Polizei hatte erfahren, dass er der Inhaber der ganzen Correspondenz der Internationale mit Italien sei und sie entdeckte diese Briefe auch in dem Quartiere, welches Natta früher in Florenz bewohnt hatte, in einer Art von Abort vermietet. Es war eine vollständige Sammlung von Briefen und Documenten, die bei den vielen jetzt schwedenden Prozessen gegen verhaftete Mitglieder der Internationale für die Untersuchungsrichter vom größten Werthe sind, weil sie Licht über alle Verwicklungen der Internationale in ganz Italien verbreiten. — Professor Helbig vom deutschen archäologischen Institut ist vom Minister des öffentlichen Unterrichts gebeten worden, in laufenden Studienjahren in den Räumen der hiesigen Universität einen Cursus über die Kunst im Alterthum zu eröffnen. Herr Helbig erklärte sich dazu bereit, lehnte aber im Voraus jede Gehaltszahlung dafür ab.

#### Rußland.

Petersburg, 6. Novbr. Wie dem „Golos“ gemeldet wird, beabsichtigt das Ministerium der Volksaufklärung, sowohl es geht, den obligatorischen Primärunterricht einzuführen. Um damit den Anfang zu machen, soll in Petersburg auf Kosten der Stadt eine hinsichtliche Zahl Primär-Schulen für den obligatorischen Unterricht der Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von 8 bis 12 Jahren errichtet werden. Nach den statistischen Notizen, welche darüber geführt sind, befanden sich im Jahre 1869 in Petersburg 28,119 Kinder im schulpflichtigen Alter von 8 bis 12 Jahren. Von diesen waren mehr als 15,700 nicht des geringsten Schulunterrichtes theilhaftig. Zur Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts sind nach der Berechnung des Ministeriums aus den bestehenden 14 Primär-Schulen noch 157 nötig. Der Lectionsplan in den obligatorischen Primär-Schulen soll folgender sein: Religion (Gebete, ein kleiner Katechismus und heilige Geschichten), Lesen nach einem Schulhandbuch in Kirchenlettern, Schreiben, Rechnen und die ersten 4 Species der Arithmetik. Im Weiteren soll der Unterricht in den städtischen und anderen Schulen je nach der Ansicht des Lehrers ausgewählt werden. Das Schulgeld soll pro Jahr 3 Rubel betragen. Zur Verwaltung der Primär-Schulen soll ein „Petersburger städtisches Schulelligium“ eingesetzt werden, welches unter der Präsidialbehörde steht und außer diesem 6 Mitglieder zählt, drei aus dem Ministerium der Volksaufklärung (unter ihnen der Director der Volks-Schulen und der Inspector der Petersburger Primär-Schulen) und drei von der städtischen Duma gewählten Mitgliedern. Dieses Collegium soll die nämlichen Rechte und Pflichten haben, wie die Kreis- und Regierungsschulcollegien. Insbesondere soll ihm auch die Aufsicht über einen regelmäßigen Schulbesuch der Kinder obliegen. Außerdem sollen

— Graf Andrássy hat die von der Pforte beantragte Kündigung des Türkischen Handelsvertrages abgelehnt, erklärte aber seine Bereitwilligkeit, auf durchgängige Vertragsabreden einzugehen zu verzichten, da deren Zustand sich jüngst änderte. — Der Lectionsplan in den obligatorischen Primär-Schulen soll folgender sein: Religion (Gebete, ein kleiner Katechismus und heilige Geschichten), Lesen nach einem Schulhandbuch in Kirchenlettern, Schreiben, Rechnen und die ersten 4 Species der Arithmetik. Im Weiteren soll der Unterricht in den städtischen und anderen Schulen je nach der Ansicht des Lehrers ausgewählt werden. Das Schulgeld soll pro Jahr 3 Rubel betragen. Zur Verwaltung der Primär-Schulen soll ein „Petersburger städtisches Schulelligium“ eingesetzt werden, welches unter der Präsidialbehörde steht und außer diesem 6 Mitgliedern zählt, drei aus dem Ministerium der Volksaufklärung (unter ihnen der Director der Volks-Schulen und der Inspector der Petersburger Primär-Schulen) und drei von der städtischen Duma gewählten Mitgliedern. Dieses Collegium soll die nämlichen Rechte und Pflichten haben, wie die Kreis- und Regierungsschulcollegien. Insbesondere soll ihm auch die Aufsicht über einen regelmäßigen Schulbesuch der Kinder obliegen. Außerdem sollen

— Die Depesche der „Gazette de Paris“ berichtet, dass die französische Regierung unter den Militärs pflichtigen gelte, nach Ablauf der gesetzlichen Frist als Verfolgsoldaten bei der Armee zu bleiben. Sie finden es sei ein Mangel an Patriotismus, dass fast alle ihren Abschied nehmen, sobald es ihnen das Gesetz gestattet, und wünschen Frankreich etwas mehr von dem, was sie in Deutschland Militarismus nennen.

20 Schulkommissionen nach der Zahl der Petersburger Schulzinsen zur Unterstützung des Schulcollegiums gegründet werden. Jede Commission besteht aus 20 Mitgliedern, wovon 10 bürgerliche von der Duma ernannt und 10 aus der Zahl der Lehrer oder Privatschulhalter (die übrigens auch von der Duma ernannt werden) entnommen werden. Die Schulaufsicht soll nach Berliner Muster geregelt werden. Die Eltern werden für ungerechtfertigte Versäumniss der Kinder mit Geld- und Aversstrafen belegt. Tragen aber lediglich die Kinder die Schuld der Versäumniss und erweisen sie sich als unverbesserlich, so sollen sie in eine Besserungsanstalt eingewiesen werden. Außer den jetzt schon budgetirten 14,571 R. hat die Duma da die Kosten einer Schule 2050 R. betragen, noch 335,979 R. jährlich für die Elementarschulen auszugeben. Die Vorlage wird jetzt zunächst der Duma zur Beratung übergeben.

Aus Tiflis ist Mitte October die vom Staat ausgerissene Expedition zur Beobachtung des Venusdurchgangs nach Teheran abgegangen. Sie besteht aus drei — Generalstabsoffizieren und einem — Gelehrten. Es ist das wohl charakteristisch für die russischen Zustände; wenn man aber bedenkt, daß die Ministerien der Volksaufklärung, des Innern u. s. w. oft schon in Händen von Generälen gewesen sind und in jedem bürgerlichen Verwaltungsfach die wichtigeren Posten von Militärs besetzt sind, so wird man sich nicht wundern, wenn der Staat auch Offiziere zu Astronomen macht und ihnen auch den Himmel, speziell die Venus unterstellt. Dazu sollen die Generalstabsoffiziere noch etwas anderes beobachten — in Persien?

### England.

London, 11. Novbr. Erzbischof Manning begiebt sich, wie neuerdings verlautet, zu Aufang nächster Woche nach Rom, wohin ihm mehrere englische Bischöfe bereits vorausgereist sind.

### Griechenland.

Einiges Aufsehen unter der fremdländischen Bevölkerung von Athen hat es erregt, daß in Tanagra bei Theben neulich mehrere deutsche und englische Alterthumssammler verhaftet worden sind. Die Regierung hat nämlich befandlich schon vor einiger Zeit erklärt, daß die fortwährenden Räuberreien, welche unter dem Ausgangszeit von Alterthumsforschungen an den historischen Schätzen des Landes begangen werden, in Zukunft nicht mehr gebüdet werden sollen, und schon mehrere Ausländer sind dieser Erklärung, die sie nicht beachtet haben, zum Opfer gefallen. Die neulich verhafteten wurden zwar sofort wieder auf freien Fuß gestellt, nachdem man ein Verhör mit ihnen vorgenommen hatte, allein die Früchte ihrer Ausgrabungen — altgriechische Statuen und sehr hübsche kleine Vasen im Werthe von 40,000 Fr. — nahm ihnen die Behörde ab. Die Strenge der Regierung findet eine sehr verschidenartige Beurteilung. Man würde sie wahrscheinlich rückhaltslos billigen, wenn die Regierung von ihrer Seite auch nur das Geringste thäte, um die im Boden ruhenden Schätze der Wissenschaft oder auch nur dem Armen nutzbar zu machen. Da sie aber gar nichts dergleichen thut, so will man nicht recht einsehen, wo der Schaden für sie liegt, wenn Autore mit ihren Ausgrabungen eifriger sind.

### Telegramm der Danziger Zeitung.

Bayonne, 12. Novbr. Die Carlisten haben infolge der erlittenen Niederlage die Belagerung Arun's auf und zogen unter Don Carlos in's Gebirge zurück. Loma besetzte Dharzun, Laserna Larcamburd (?).

Danzig, den 12. November.

\* Die Molkerei-Ausstellung in Danzig wird programmgemäß in den Tagen des 4. bis 6. December d. J. abgehalten werden. Wie noch immer, wann es gilt die Fahne deutscher Fortschritts-, deutscher Kraft und deutscher Einsicht hoch zu halten, so hat auch bei dieser Gelegenheit wieder echt altpreußischer Sinn die Erwartungen glänzend gerechtfertigt, die in Betracht der Veranstaltung dieser Ausstellung gehabt werden sollten. Die erste deutsche Molkerei-Ausstellung — in Bezug auf die Molkereifabrikate eine specifich provinziell preußische, in Bezug aller übrigen Gegenstände, der Geräthe und Maschinen, der Milchprüfungsapparate, der Hilfsstoffe, der Modelle, Zeichnungen, Abbildungen, Drucksachen &c. eine internationale — wird nach den vielseitigen Anmeldungen, die bis zu dem hinausgeschobenen Anmeldetermin zahlreich eingegangen, ein an Vollständigkeit grenzendes Bild von dem gegenwärtigen Stande des Molkereiwesens der Provinz, wird Gelegenheit geben, die Fabrikate der Provinz wie unter sich, so auch mit außerprovinziellen zu vergleichen, die im Interesse des Unternehmens aus anderen Provinzen und Ländern, aus der Mark, aus Holstein, Dänemark, Mecklenburg, Bayern, der Schweiz, Österreich, Nordamerika verschiessen worden sind; neue Geschäftsvorbindungen werden durch Vorführung der Leistungen, deren die Provinz auf diesem Gebiete fähig ist, angebahnt, die Bekanntschaft mit neuen Geräthen, Maschinen, Apparaten, Verfahrensweisen &c. und deren Einführung wird vermittelt, vom Austausche der Erfahrungen und Meinungen in persönlicher Begegnung und in abzuhalgenden Versammlungen darf klarende und anregende Wirkung erwartet werden. Biehzucht und Molkereiwerken gestalten sich mehr und mehr zum Angelpunkte des landwirtschaftlichen Betriebes, wie in andern europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Eine Molkerei-Ausstellung in Deutschland steht daher auf durchaus naturwissenschaftlichem Boden und kann nicht verschelen, die Aufmerksamkeit aller in diesem Fach interessirten Kreise zu erwecken.

\* Seitdem gemäß der Allerhöchsten Ordre vom 5. Mai 1870 die Zulassung zur Porte-pêcheur ist Prüfung von der Beibringung eines von einem Gymnasium oder einer Realschule 1. Ordnung ausgestellten Bezeugnisses der Reise für Prima abhängig gemacht worden ist, ist es in mehreren Provinzen wiederholt vorgekommen, daß junge Leute sich bei dem Provinzial-Schul-Collegium zu der vorgezeichneten Prüfung melden, welche nach erst halb- oder einjährigem Besuch der Secunda einer öffentlichen höheren Lehramstalt, nur ein halbes Jahr oder noch kürzere Zeit sich privat weiter hatten vorbereitet lassen. Im Einverständniß mit dem Kriegsminister hat nun der Cultusminister verfügt, daß den früheren Schülern eines Gymnasiums oder einer Realschule 1. Ordnung die Darlegung der Reise für die Prima nur nach

Ablauf derselben Zeit zu gestatten ist, welche sie auf der Schule zu diesem Zweck gebraucht haben würden. Durch diese Bestimmung soll jedoch eine billige Berücksichtigung außerordentlicher Fälle, in denen eine im halben Jahr frühere Zulassung durch das Alter des Aspiranten und andere persönliche Umstände, oder durch die Art seiner Vorbildung wohl motivirt erscheint, nicht ausgeschlossen werden. Die jedesmalige Entschließung über eine solche Ausnahme bleibt der pflichtmäßigen Erwägung des Provinzial-Collegiums überlassen.

Der Minister des Innern hat in einem Special-Erlass vom 9. v. M. den Amtsvorsteher nach § 54 K.-O. für besagt erachtet, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender im Amts-Ausschuß ein volles Stimmrecht auszuüben, ohne Rücksicht auf das Stimmrecht, welches ihm außerdem als Vertreter eines Guts oder Gemeindebezirks gebührt. Dazu hierdurch in den Ausschüssen diejenigen Amtsvorsteher, welche nur aus zwei Ortschaften mit gleichem Stimm-Berättnisse bestehen, die Entscheidung in die Hand des Amtsvorsteigers gelegt wird, sei eine unvermeidliche Folge der Bestimmungen der §§ 51 No. 1 und 54; doch gebe das voraussichtlich nur seltene Vorkommen dieses Falles um so weniger zu Bedenkenberatung, als der Kreis-Ausschuß Kraft seines Aufsichtsrechtes über die Communal-Angelegenheiten der Amtsbezirke im Stande sein werde, etwaige unzuträgliche Folgen zu begegnen.

\* Im Monat October wurden hier seewärts verschiff 5296 Tonnen Weizen, 257 T. Roggen und 2796 T. Rüben, zusammen 8349 T. d. h. 7328 T. weniger als im October v. J. Während der ersten zehn Monate des Jahres wurden verschiff 20,363 T. Weizen, 3531 T. Roggen, 1573 T. Erben, 1226 T. Gerste, 15,625 T. Rüben, zusammen 102,318 T. d. h. 19,128 mehr als in der gleichen Zeit vorigen Jahres.

\* In der gestrigen General-Versammlung des Consument-Vereins "Selbsthilfe" wurde nach Verlesung des Revisions-Berichts pro II. Quartal die Decharge ertheilt. Alsdann wurde der Geschäfts-Bericht pro III. Quartal verlesen, wonach der Umsatz 3448 R. der Reingewinn 115 R. beträgt. Die Mitgliederzahl beträgt 309. Der Reservesonds hat sich auf 90 R. vermehrt. Die Versammlung beschloß eine Dividende von 1 R. pro R. zu verteilen.

\* Die hiesige Kuhbrüde wird morgen wegen einer nothwendigen Reparatur für Wagen und Reiter gesperrt werden.

\* Marienburg, 11. Novbr. Neulich hatten wir Gelegenheit, ein Gespräch zu treiben, das uns dieser Gegend gebrüderlich auf der Suche nach Glück vor 2 Jahren nach Amerika ausgewandert war, jetzt aber, mit maunigfachen Erfahrungen in Folge getäuschter Hoffnungen bereichert, wieder zum Vaterland zurückkehrte. Der Mann, ein Handwerker, war dort nicht zur Ausübung seines Gewerbes gekommen. Das in Amerika so üppigblühende Fabrikleben hat eben die Handarbeit fast ganz verdrängt und unter solchen Umständen war ihm dann nichts anders übrig geblieben, als zu Haken und Spaten zu greifen und als Erdarbeiter gegen Tagelohn des Lebens Unterhalt zu tragen. Die dafür ihm gewordene Bezahlung nimmt sich allerdings nach unsern Verhältnissen ungemein gänzlich aus; er war mit 2 1/4, auch minuten mit 2 1/2 Thlr. täglich honoriert worden. Was will das aber sagen in Berücksichtigung der dort unglaublich hohen Lebensmittelkreise und der im Winter unterbrochenen Beschäftigung, ganz abgesehen von der verschiedenartigkeit der Lebensweise? Nicht destoweniger war es den Leuten bei möglichster Einschränkung gelungen, sich eine kleine Summe zu ersparen, womit sie dann aber auch schleinigt, noch getrieben von der nur zu begründenden Furcht etwaiger Arbeitslosigkeit, die Rückreise antraten. Nach Verlegung solcher Verhältnisse kann nicht genug von der Auswanderung in das aeltere freie Land Amerika abgerathen werden. — Es wird hier der Mangel eines bestallten Collecteurs der Reg. preuß. Postorte unangenehm empfunden. Nach dem Tode des letzten Collecteur hat die Direction es nämlich für angemessen erachtet, die Poste der Marienburger Spieler unter die Collecten in Braunschweig, Memel und D. Crone zu vertheilen, voraussichtlich nur für einige Zeit, bis man hier eine geeignete Persönlichkeit gefunden.

\* Neumark, Weipr., 10. Novbr. Es darf nunmehr leider als positiv verbürgt gelten, daß der Milzbrand unter den Schweinen auch im diesseitigen Kreise zum Ausbruch gekommen ist. Der Landtag erlaßt auch bereits in der letzten Nummer unser Kreisblattes eine bezügliche Bekanntmachung und verbietet damit gleichzeitig an die Herren Amtsvorsteher die dringende Aufforderung, sich in ihren resp. Amtsbezirken über den Gesundheitszustand der Schweine gut orientiert zu halten und in zweifelhaften den Kreisherrn behufs Constatirung der Krankheit zuzuzeichnen.

\* Den kreisboten Schubert zu Römerberg ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Schwed., 11. Novbr. Am 7. d. M. wurde der neue Deich durch die kleine Weichsel bis Ehrenthal (Ostrower Kämpe), der im Jahre 1872 in Aussicht genommen wurde, fertig. Die Kosten belaufen sich auf ca. 140,000 Thlr. Durch Fertigstellung des Deiches sind jetzt die Dörfer Chrenthal, Köln, Rathsdorf und die Culmer Ländereien eingedeicht, die 3300 preußische Morgen umfassen. — Der Herausgeber und Redakteur des "Przy. ludu" ist wegen Preßvergehens wieder zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

### Vermischtes.

Berlin. Zur Feier des 60-jährigen Jubiläums des Professor Dr. Twesten wird am 18. d. M. ein Commers im Saale der "Urania" stattfinden.

— Generalpostdirektor Stephan ist am Sonnabend in Begleitung mehrerer höherer Postbeamten von hier nach Breslau gefahren, und zwar um einen nach neuem System erbauten Eisenpostwagen zu prüfen, welcher aus zwei zusammengefügten und mittelst Durchganges verbundenen Wagen besteht. Der Raum für die Pakete und das Expeditions-Bureau für die Briefe sind dabei ganz getrennt, wodurch ganz bedeutende Räumlichkeiten gewonnen werden. Die Eisenbahn-Postwagen sollen zunächst am Rhein, im Elsass und in Lothringen eingestellt werden.

— Am 4. Mai 1876 werden es gerade hundert Jahre, daß Johann Friedrich Herbart in der Stadt Oldenburg das Licht der Welt erblickte. Es ist natürlich, daß bei den Anfangen und Verehrern dieses Mannes, sowie bei den Bürgern seiner Vaterstadt, der Wunsch sich geltend gemacht hat, diesen Tag nicht ohne Feier vorübergehen zu lassen, ihm vielmehr zu bemühen, um den Verdiensten des Verstorbenen ein bleibendes Erinnerungszeichen zu stiften. Ein aus hervorragenden Professoren und Doctoren der Philosophie bestehendes Comitess ist zusammengetreten, um diese Sache in's Werk zu legen. Es ist die Absicht, Herbart in seiner Vaterstadt ein einfaches Denkmal zu errichten, welches aus einer Colossalstatue auf einem passenden Postament bestehen soll; als Stelle für daselbe ist ein Platz an der Herbartstraße in Oldenburg, dem neuen Realchulgebäude gegenüber, vorläufig in Aussicht genommen. Die Abhänger und Verehrer des großen Philosophen werden daher erfreut die Ausführung des projectirten Unternehmens durch ihre Beiträge zu unterstützen, zu deren Empfangnahme und Weiterbeförderung für Österreich die Universität-Professoren Robert Zimmermann und Theodor Voigt in Wien sich bereit erklärt haben. Etwaige Überschüsse sind zur Gründung eines Herbart-Fonds bestimmt, über

bessern Zweck u. s. w. die weiteren Beschlüsse vorbehalten werden. —

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die hente fällige Berliner

Börsen-Depesche war beim

Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Frankfurt a. M., 11. Nov. Effecten-Societät. Creditactien 242 1/4, Franken 318 1/4, Galssier 255, Lombarden 143, Nordwestbahn 148, Elisabethbahn 204 1/2, Ungar-Loose 101 1/2. Sehr fest, besonders Creditation, und ziemlich lebhaft.

Hamburg, 11. Novbr. [Productenmarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine steifer. Roggen loco ruhig, auf Termine besser. Weizen 70 Pf. Novbr. 126 1/2, 100 Pf. 188 Br. 187 Pf., 70 Pf. November-Dezember 126 1/2, 188 Br. 187 Pf., 70 Pf. Dezember-Jänner 126 1/2, 188 Br. 187 Pf., 70 Pf. April-Mai 126 1/2, 188 Br. 187 Pf., 70 Pf. Termine besser bezahlt, April-Mai 190, 190 1/2 Pf. bez., 192 Pf. Br. Regulierungspreis 60 R. Pf.

Roggen loco gut zu lassen und etwas mehr bezahlt. 125 1/2, 53 1/2 R. Pf. 126 1/2, 53 1/2 R. Pf. wurde für verlaste 70 Tonnen gegeben. Termine fest, 120 Pf. April-Mai 150 R.-Mark bezahlt. — Hafer loco zu groÙe 113 1/2, 56 1/2 R. Pf. 114 1/2 R. Pf. Tonnen gekauft. — Rübli loco fest und zu 81 R. Pf. 70 Tonnen verkauft. — Spiritus nicht gehandelt.

Danzig, 12 November 1874.

Gefreite-Börse. Wetter: klar kalte Luft.

Wind: heftig aus WSW. Weizen loco zeigte sich am heutigen Marte in regerer Frage und sind 200 Tonnen zu voll gefüllten Breisen zu verkaufen gewesen. In einigen Fällen ist auch etwas mehr bedungen worden und bezahlt man für Sommer 130 Pf. 56 R. Pf. 134 Pf. 58 1/2 R. Pf. hellbunt 132 1/2, 61 R. Pf. besserer 131 Pf. 62 R. Pf. hochbunt glasig 130 1/2, 132 1/2, 68 R. Pf. weiß 132 1/2, 65 1/2 R. Pf. 190 1/2 Pf. bez., 192 Pf. Br. Regen loco gut zu lassen und etwas mehr bezahlt. 125 1/2, 53 1/2 R. Pf. 126 1/2, 53 1/2 R. Pf. wurde für verlaste 70 Tonnen gegeben. Termine fest, 120 Pf. April-Mai 150 R.-Mark bezahlt. — Gerste loco zu groÙe 113 1/2, 56 1/2 R. Pf. 114 1/2 R. Pf. Tonnen gekauft. — Rübli loco zu groÙe 113 1/2, 56 1/2 R. Pf. 114 1/2 R. Pf. Tonnen verkauft. — Spiritus nicht gehandelt.

### Productenmärkte.

Königsberg, 11. Novbr. (v. Portatius & Gross.)

Weizen 70 Pf. Rübli hochbunt 132 1/2, 70, 133 Pf. 78, russ. 132 1/2, 78, 79 R. Pf. bez., hunder russ. 126 1/2, 72 128 1/2, 75, 129 30 1/2, 75 R. Pf. bez., rother russ. 130 Pf. 68, 70, 79 R. Pf. bez., Roggen 70 Pf. 40 Pf. inländischer: 117 1/2, 55, 124 1/2, 55 1/2, 126 1/2, 60, 127 1/2, 60, 127 1/2, 60, 127 1/2, 61, 128 1/2, 61 1/2 R. Pf. bez., Kaffee ruhig, Umsetz 2000 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 9,20 Br., 9,15 Pf., 70 November 9,15 R. Pf. 151 Pf., 70 Pf. Dezember 9,40 R. Pf., 70 Pf. Januar-März 9,80 R. Pf. — Wetter: Schne. Bremen, 11. Novbr. Petroleum (Schlußbericht.) Standard white loco zu 9 Pf. 60 Pf. Rübli. Amsterdam white loco zu 9 Pf. 60 Pf. Rübli. — Amsterdan, 11. Novbr. (Getreidemarkt.) Schlussbericht. Weizen geschäftlos, 70 November 225, 70 Pf. März —, 70 Pf. Mai —, Roggen loco bezahpt, 70 Pf. März 185, 70 Pf. Mai —, Raps 70, 70 Pf. Herbst —, Frühjahr 236 R. Pf. — Rübli loco 30, 70 Pf. Herbst 30, 70 Pf. Frühjahr 23. — Wetter: Schne und Regen.

Wien, 11. Nov. (Schlußcourse.) Papierrente 70,10, Silberrente 74,70, 1854 R. Pf. 101,00, Banknoten 989,00, Nordbahn 1898, Creditactien 231, 50, Franzosen 300,00, Galssier 245,50, Kaschau-Oderberger 137,00, Nordwestbahn 142,10, do. Lit. B. 64,00, London 110,70, Hamburg 54,10, Paris 44,05, Frankfurt 92,50, Creditloch 166,00, 1860er Poste 109,00, Lomb. Eisenb. 33,00, 1864er Poste 137,50, Unionbank 126,00, Anglo-Austria 149,25, Böh. Westb. 203,00, Napoleon 89,25, Ducaten 5,26, Silbercoupons 15,60, Elisabethbahn 193,50, Ungarische Prämiens 84,20, Preuß. Banknoten 1,63%, Amsterdam 93,75, Barbabizer 152,00.

London, 11. Novbr. (Getreidemarkt.) Getreide. — Amsterdan, 11. Novbr. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht.) Der Markt schloß für sämmtliches Getreide stetig, aber ruhig. Weizen und Mehle eher teurer, Frühjahrsgetreide fest. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 22,610, Gerste 4050, Hafer 23,210 Ohrs. — Wetter: Frost.

London, 11. Novbr. (Schlußcourse.) Consol 93 1/2, 5% Italienische Rente 67 1/2, Lombarden 12 1/2, 5% Russen de 1871 99 1/2, 5% Russen de 1872 99 1/2, Silber 58. Türkische Anteile de 1865 44 1/2, 6% Türk. 1863 53 1/2, 6% Vereinigt. Staaten 70 1882 102 1/2, Österreichische Silberrente 63 1/2, Österreichische Papierrente 63 1/2, 6% ungarische Schakbons 93 1/2. — Aus der Bank flössen heute 94,000 Pf. Sterl. — Blatzdistont 3% à 3 1/4 %.

Liverpool, 11. Novbr. (Baumwolle.) (Schlußbericht.) Umfaß 15,000 Bollen, davon für Spekulation und Export 3000 Bollen. — Middleb. Orleans 8%, middl. middl. Dholera 4 1/2, good middl. Dholera 4 1/2, middl. Dholera 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Viadras 4 1/2, fair Bernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8. — Stetig

